

Medienmitteilung

Geschäftsbericht der Staatsanwaltschaft für das Jahr 2019

Solothurn, 11. März 2020 – An seiner gestrigen Sitzung hat der Regierungsrat den Geschäftsbericht der Staatsanwaltschaft für das Jahr 2019 zur Kenntnis genommen. Auch in diesem Jahr berichtet die Staatsanwaltschaft über ein intensives Arbeitsjahr. Das Massengeschäft ging wiederum leicht zurück. Die Eingänge der Verfahren wegen Verbrechen und Vergehen haben jedoch noch einmal zugenommen. In diesem Bereich sind trotz hoher Erledigungszahlen auch die Pendenzen erneut angestiegen.

Im letzten Jahr gingen bei der Staatsanwaltschaft Geschäfte mit 30'057 Beschuldigten ein. Dies bedeutet einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr, allerdings wiederum nur im Massengeschäft. Die Eingänge der Verfahren wegen Vergehen und Verbrechen haben mit 6'736 den letztjährigen Rekord erneut deutlich übertroffen. Obschon in diesem Bereich mit 6'582 auch die Erledigungszahlen auf Rekordniveau liegen, konnte ein erneuter Anstieg der Pendenzen nicht verhindert werden.

Die Staatsanwaltschaft hat insgesamt 465 beschuldigte Personen zur Beurteilung an die Gerichte überwiesen. In 182 dieser Fälle handelt es sich nicht um ein Festhalten an Strafbefehlen, sondern um sogenannt echte Anklagen. Der Anteil der im abgekürzten Verfahren ergangenen echten Anklagen hat sich im Berichtsjahr auf rund einen Drittel gesteigert. Den grössten Anteil an abgekürzten Verfahren hatten dieses Jahr die Betäubungsmitteldelikte inne, gefolgt von der Gruppe der Diebstahls- und Raubdelikte.

Ein vollendetes Tötungsdelikt hat sich im Berichtsjahr nicht ereignet. Hingegen gingen acht verschiedene Anzeigen oder Meldungen ein, in deren Zusammenhang der Vorwurf der versuchten vorsätzlichen Tötung geprüft werden muss. Erneut sind Messer die häufigste Tatwaffe. In fast allen Fällen geht es um Gewalt im familiären Umfeld, sei es gegen aktuelle oder ehemalige Partner oder nahe Angehörige.

Ein Highlight für die Staatsanwaltschaft war der Beschluss des Kantonsrats, die Personalressourcen zu verbessern. Konkret wurde die ordentliche Anzahl Staatsanwältinnen und Staatsanwälte um 450 Stellenprozente erhöht und im Ausmass von weiteren 550 Prozenten wurde die Anstellung von zusätzlichen Untersuchungsbe-

amten und Kanzleipersonal ermöglicht. Die Staatsanwaltschaft ist froh und dankbar für diese notwendige Massnahme. Sie wird ihre Ressourcen auch weiterhin so effizient als möglich einsetzen müssen.

Der vollständige Geschäftsbericht kann unter <https://www.so.ch/verwaltung/bau-und-justizdepartement/staatsanwaltschaft/geschaeftsberichte/> eingesehen werden.

Weitere Auskünfte erteilt:

Hansjürg Brodbeck, Oberstaatsanwalt, 032 627 63 10, heute von 14:00 bis 15 Uhr.